

VON CHRISTIAN MAYR (Die Presse) 13.10.2004

Wurstelprater:

Ende des Kasperltheaters

Neue Toiletten, einladende Eingänge und eine professionelle Marketingstruktur. Diesmal glauben auch die Prater-Betreiber an die Versprechen der Stadt Wien.

WIEN. Und er bewegt sich doch. Sämtliche in den vergangenen Jahren auf dem Reißbrett entworfenen und groß angekündigten Konzepte sind am Wiener Wurstelprater spurlos vorüber gegangen. Nun kündigt sich aber das Ende des jahrelangen Prater-Kasperltheaters an. Denn wie Vizebürgermeisterin Grete Laska (SP) am Dienstag bekannt gab, werden im Frühjahr 2005 "die ersten Schritte des Masterplans sichtbar sein".

Konkret nannte sie dabei neue Toilettenanlagen, neu gestaltete Eingangsbereiche und eine veränderte Verkehrsführung mit mehr Fußgängerzonen im Prater.

Dass es sich bei diesen Worten nicht wieder um leere Versprechen handelt, wird auch von den Prater-Unternehmern bestätigt: So seien tatsächlich die für die Toiletten vorgesehenen Plätze schon genau definiert, berichtet Prater-Präsident Hubert Pichler. Eine Anlage soll etwa am Calafati-Platz, eine andere neben dem ehemaligen Kaleidoskop entstehen.

Freilich ist Pichler, was den Zeitrahmen der Umsetzung betrifft noch skeptisch: "Die Bauarbeiten müssten langsam beginnen, damit sie rechtzeitig fertig werden", meint Pichler. "Aber wir wären alle glücklich - wir warten alle darauf." Immer wieder hatten ja die Prater-Unternehmer in der Vergangenheit kritisiert, dass es die Stadt Wien als Grundbesitzer nicht schaffe, die nötige Infrastruktur für einen sauberen und sicheren Prater zu schaffen.

Außerdem kündigte Laska an, dass der Gemeinderat in der kommenden Woche die Neuorganisation der Praterverwaltung absegnen wird: Denn künftig wird sich die "Stadt Wien Marketing", seit fünf Jahren bewährter Veranstalter von städtischen Groß-Events (Eistraum, Silvesterpfad, Adventzauber), um die Vermarktung und Verwaltung des Wurstelpratens kümmern.

Für das Budget dieser neuen Verwaltungseinheit wird die Stadt Wien jährlich 2,4 Millionen Euro (bis 2007) beisteuern. Außer den jährlichen Pacht-Einnahmen sollen auch für einzelne Veranstaltungen private Sponsoren und Investoren gewonnen werden, kündigt Laska an.

Für den Prater-Präsidenten ist diese Reform eine wahre Frohbotschaft: "Wir betteln seit Jahren um diese Kooperation", sagt Pichler. Denn nun erhofft man sich, dass durch gut vermarktete Feste, mehr Besucher in den Prater gelockt werden können. "Wie die Zusammenarbeit in der Praxis funktioniert, wird sich aber erst zeigen", sagt Pichler.

Was die weitere Umsetzung des Masterplans des französischen Themenpark-Spezialisten Emanuel Mongon betrifft, zeigt sich Laska zuversichtlich: Einen konkreten Plan, wo welche Attraktion stehen wird, werde es frühestens im März 2006 geben. "Wir wollen gemeinsam mit den 80 Prater-Unternehmern bis 2008 dieses Upgrading ermöglichen." Mongons Masterplan mit dem Titel "Prater Renaissance" sieht eine "sanfte Erneuerung" des Wurstelpratens vor, bei der der alte Prater äußerlich wieder erstehen - innen aber High-Tech-Attraktionen bieten soll. Laut Laska gäbe es für dieses Konzept auch schon "viele, viele Investoren" - darunter auch zahlreiche Wiener Traditionsbetriebe.

Konkret nannte Laska die Bäckerei Anker, die vielleicht mit einer "Sammel-

Hochschaubahn" oder einer Schaubäckerei in den Prater einziehen werde. "Wir wollen Attraktionen, wo es heißt: Das gibt es nur in Wien - sonst nirgends", so Laska.

Für Prater-Präsident Pichler wäre dies durchaus eine Innovation: "Alles, was den Prater belebt, ist interessant." Weniger gefällt ihm der Plan zur Neugestaltung des Riesenradplatzes: Dort soll etwa eine historische Wasserrutsche hingestellt werden - wie zur Jahrhundertwende: "Ich glaube, das ist unsinnig, weil es für die Besucher weder interessant, noch wirtschaftlich wäre."

Unklar ist seiner Ansicht nach auch die Finanzierung des gesamten Riesenrad-Platzes (dieser war einer der wenigen konkreten Erneuerungen, die Mongon angekündigt hatte): Denn jene fünf Betriebe, die dort jetzt ansässig sind, müssten nämlich schon vorab Verträge abschließen und sich verpflichten, die Projektkosten zu tragen.

"Aber niemand weiß noch, wie hoch die sein werden", klagt Pichler. Diese Art von Verträgen, die man derzeit seitens des Masterplaners forcieren könnte, könnten einige Betriebe in den Ruin treiben. "Aber da wird es noch Kompromisse geben", hofft Pichler. [Foto: apa]